

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 61 (1967)
Heft: 2

Artikel: Weltrundschau : worum geht's in Vietnam? ; Chinas Weg und Ziel ;
Kommende Erschütterungen ; Flickwerk oder Neubau? ; De Gaulle und
die Linke ; Westdeutscher "Friedenswille"

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141257>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

die die Kirche da übernimmt, doch bietet sie ihr die Möglichkeit, ihre Bedeutung in der heutigen Welt zu behaupten oder wieder zu gewinnen.

Das Büchlein sollte überall, wo wache und verantwortungsbewusste Menschen sich zusammenfinden, gründlich studiert werden. Nur so können seine Gedanken in der Bevölkerung, wenn sie dem Aufruf der Kirchen Folge leisten will, heimisch werden. B. W.

Arthur Rich, Die Weltlichkeit des Glaubens. Diakonie im Horizont der Säkularisierung. Zwingli-Verlag, Zürich, 1966. Fr. 9.80

Die drei Kapitel dieser Schrift, in ihren Untertiteln 1) Grundlagen, 2) Diakonie als revolutionäre Funktion der Kirche, 3) Diakonie als kritische Funktion der Kirche, waren ursprünglich vor Vertreterinnen und Vertretern sozial tätiger Institutionen und kirchlich-diakonischer Werke gehaltene Vorträge. Sie will «eine Lanze brechen für das verantwortliche Engagement der Kirchen in der säkularisierten Welt von heute». In dieser Zielsetzung sehen wir eine gewisse Verwandtschaft dieser Schrift mit dem Büchlein von André Biéler, allerdings, den angesprochenen Gruppen entsprechend, in engerem Rahmen bleibend. Dafür finden wir hier eine eingehende Auseinandersetzung mit den Begriffen der Säkularisation in geschichtlicher Sicht, der Weltlichkeit, des «Säkularismus». Die Abklärung des Grundwesens die Diakonie führt zur Analyse des sozialen Rechtsstaates und zur Feststellung, dass hier die Kirche vom Staat abgelöst wurde, zeigt aber auch die Stellen, wo gerade aus der neuen Lage heraus, der Diakonie neue Aufgaben erwachsen, die nur durch diakonische «Freizeithelfer» bewältigt werden können. Dieser Gedanke scheint uns wichtig, weil er im Rahmen der Kirche zu einer lebendigen Arbeitsgemeinschaft führen würde, wodurch jene wieder eine gewisse Bedeutung erhielte.

Als Partner des Staates hat die Kirche auch nach Recht und Unrecht in unseren konkreten sozialen und politischen Verhältnissen zu fragen, aber nicht konformistisch, sondern kritisch. So wird die Diakonie der Kirche zu einem Stück Sozialpolitik, die in die tatsächlichen Verhältnisse eingreift. B. W.

WELTRUNDSCHAU

Worum geht's in Vietnam? Ob wir es wollen oder nicht: jede Übersicht über die Weltereignisse muss auch weiterhin mit *Vietnam* beginnen. Die Amerikaner haben jetzt über 400 000 Mann dort stehen. Doch würden sie, so sagt Kriegsminister McNamara, in der nächsten Zeit den Nachschub neuer Truppen etwas verlangsamen. Inzwischen erhöhen sie aber ihre Ausgaben für den Vietnamkrieg unaufhörlich. Im nächsten Haushaltsjahr, in dem 56 Prozent aller Ausgaben der USA für «Verteidigungszwecke» bestimmt sind, sollen allein für Vietnam 22,5 Milliarden Dollar (86 Milliarden Schweizerfranken) vorbehalten sein. Und bereits sind «neue Nachtragskredite in einem späteren Zeitpunkt» in Aussicht genommen.

Das Schwergewicht der Kriegführung scheint nun mehr und mehr auf das Mekong-Delta verlegt zu werden, das grosse, reiserzeugende Gebiet im Süden Vietnams, in dem mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung leben, das aber fast ganz in den Händen der Nationalen Befreiungsfront ist. Wie

es bei der versuchten Eroberung dieses Gebiets zugeht, schildert an einem kleinen Beispiel die «New York Times» (11. Januar). Das Dorf Bensoc, 50 Kilometer von Saigon entfernt, wurde vollkommen zerstört; seine 3800 Einwohner wurden in einem anderen Dorf, 36 Kilometer näher den amerikanischen Linien, angesiedelt. 41 Bewohner, die sich versteckt hatten, wurden umgebracht, und 100 Männer als «verdächtig» weggeschleppt. Mit Bulldozern und Traktoren sollen 60 Quadratmeilen Ackerland und Wald in leblose Wüste verwandelt werden. Das sind also die «bedauerlichen Unfälle unter der Zivilbevölkerung», die General Westmoreland, der amerikanische Oberkommandierende in Vietnam, vor der Einleitung der Kriegshandlung im Mekong-Delta in Aussicht gestellt hat. Es ist in Wahrheit ein neues, schauerhaftes Riesenverbrechen der Amerikaner, die freilich nach Kardinal Spellman hier ein gottfälliges Werk verrichten! *)

Gleichzeitig geht der Luftkrieg gegen Nordvietnam mit womöglich noch gesteigerter Heftigkeit weiter und zwingt grosse Teile der Bevölkerung zu einem Dasein, wie es etwa demjenigen der Menschen im Höhlenzeitalter entspricht. Alles mit dem angeblichen Zweck, Nordvietnam zur Einstellung seines «Eroberungsfeldzugs» gegen Südvietnam zu zwingen. Wenn das erreicht sei, so sagen die Amerikaner, werde es mit dem Vietkong schnell zu Ende gehen, und Südvietnam werde sich dann eines glücklichen Lebens in Unabhängigkeit erfreuen können. Wie unwahr diese ganze Beweisführung ist, legt Gloria Stewart in einem wichtigen Bericht dar, den der Londoner «New Statesman» (20. Januar) veröffentlicht. «Entgegen der Auffassung, die die meisten Amerikaner übernommen haben, konnte ich», so stellt die britische Journalistin fest, «keinerlei Beweise dafür finden, dass der Vietkong – zum mindesten hier (im Mekong-Delta) – vom Politbureau und von der Armee in Hanoi beherrscht, gelenkt und gefingert werde.» Zwischen den nordvietnamesischen Kommunisten und der Nationalen Befreiungsfront (NBF) bestünden politische Unterschiede, die ebenso gross seien wie etwa diejenigen zwischen dem Sowjetkommunismus und der britischen Labourpartei. Die militärische Unterstützung der NBF aus Nordvietnam sei keineswegs entscheidend. Man finde reguläre nordvietnamesische Soldaten auch fast nur im Nordteil von Südvietnam. Die NBF sei darum der einzige für Südvietnam in Frage kommende Unterhändler bei Friedensgesprächen mit den Vereinigten Staaten, und der Vietkong sei jederzeit zu Verhandlungen bereit, sobald nur einmal die Luftangriffe und die übrigen militärischen Handlungen in Südvietnam eingestellt würden. Mit der Regierung des Marschalls Ky in Saigon wollten die Aufständischen ebensowenig verhandeln wie diese mit der NBF. Ein massgebender Führer der Nationalen Befreiungsfront, Hieu, erklärte wörtlich: «Im Westen ist die Vorstellung weit verbreitet, dass sich die NBF auf die Übernahme des politischen

*) Dass Spellman von Papst Paul nur mild abgeschüttelt wurde, erklärt ein Leser von «Cité Nouvelle», der Zeitschrift des französischen Christianisme social, damit, dass Kardinal Spellman eben als gewiegter Finanzmann und Grundstückspekulant dem Vatikan ständig wertvolle Dienste finanzieller Art leiste und ihm unter anderem auch eine Million Dollar für die Vorbereitung des Konzils vorgestreckt habe.

Systems des Nordens festgelegt habe. Dem ist nicht so. Wir sind vor allem bereit, eine Koalition mit einer gemässigten Saigoner Regierung zu bilden (was Ky ausschliesst). Und wir kennen viele Regierungsmitglieder, die willens wären, eine Koalition mit uns einzugehen. Wir sind für eine gemischte Wirtschaft im Gegensatz zu dem Einbahnsystem des Nordens. Aber wir wollen einige sozialistische Reformen, wie Bodenreform, unentgeltliche Krankenbehandlung und Schulbildung. Wir wollen ein neutrales Vietnam, während der Norden gegenwärtig auf den kommunistischen Block festgelegt ist.»

Diese Erklärungen stimmen durchaus mit denjenigen überein, die der neue Vertreter der NBF in Hanoi, Nguyen Van Tien, dem Berichtersteller der «New York Times», Salisbury, gegenüber abgegeben hat. Die erwähnte britische Journalistin betont ihrerseits, die NBF verlange nicht, dass die Amerikaner vor der Aufnahme auch nur von vorläufigen Verhandlungen Vietnam verlassen. «Die grosse amerikanische Vogelscheuche – das Südvietsnam kommunistisch zu werden drohe – scheint mir weselos zu sein... Es scheint mir, dass die Richtlinien und die Haltung des Vietkong zu den grundlegenden Glaubensartikeln des Kommunismus in seltsamem Gegensatz stehen.»

Das tönt tatsächlich anders, als was man unter dem Einfluss der amerikanischen Propaganda auch in unseren Zeitungen und in unserem Radio sozusagen jeden Tag erzählt. Das Hindernis für Friedensverhandlungen liegt, wie sich auch aus dem Voranstehenden ergibt, nicht bei der Regierung von Nordvietnam, sondern bei derjenigen der Vereinigten Staaten, die den Vietkong und seine politische Organisation, die Nationale Befreiungsfront Südvietsnams, von Friedensgesprächen ausgeschaltet wissen und nur mit Nordvietnam verhandeln will, das gar nicht über Krieg und Frieden in Südvietsnam entscheiden kann. Die USA *wollen* einfach nicht ernstlich verhandeln, es sei denn, sie hätten zuerst ihre gewaltigen Militärstützpunkte in Südvietsnam, Thailand und Laos derart ausgebaut, dass (wie sie wähnen) keine Macht der Welt sie wieder daraus vertreiben könne und mindestens Südvietsnam, aber darüber hinaus auch das übrige Südostasien fest in amerikanischer Hand lägen. *Darum* geht es ihnen in Vietnam – und um die Sicherung einer Ausgangsstellung für die künftige Machtprobe mit *China*, die früher oder später ja doch kommen müsse...

Chinas Weg und Ziel Oder hofft man in den Vereinigten Staaten etwa, die gegenwärtigen *Wirren in China* würden von selber zum Zusammenbruch des Regimes führen, so dass Amerika es beerben könne? In der grossen, «vornehmen» Neuyorker Monatschrift «Fortune» (November 1966) hiess es jedenfalls bereits, die «klare Bedeutung» der Kämpfe um die «Kulturrevolution» sei, dass «Mao Tse-tungs Auffassung der kommunistischen Lehre und Betätigung sich als katastrophal falsch erwiesen» habe; die Möglichkeit bestehe durchaus, dass «das kommunistische Regiment untergehen werde und Mao mit ihm». Chinas unermessliche Schwierigkeiten würden dann «Gegenstand der Sorge und Zu-

ständigkeit besser gestellter Nationen» (!) werden. Und Tschiang Kai-schek, der Herrscher über Formosa, der unter dem Schutz der für seine Zwecke am besten gestellten Nation, der Vereinigten Staaten, steht, hat öffentlich erklärt, das China Maos sei im Begriff zusammenzubrechen und es sei die «heilige Aufgabe» des wahren Chinas, «das Festland zurückzuerobern» – natürlich mit der dafür «zuständigen» Grossmacht...

Das sind vorderhand erst Hoffnungen und Entwürfe. Aber Mao und seine Anhänger sind sich der Gefahr bewusst, die China auch von aussen her droht. Das zeigt die jüngste Entwicklung der «Kulturrevolution». Sie ist durch zwei Tatsachen gekennzeichnet. Einmal: sie hat vom «intellektuellen» Raum – Schulen, Universitäten, Literatur, Kunst usw. – auf Landwirtschaft und Industrie übergegriffen und damit auch die riesigen Massen von Bauern und Arbeitern in ihren Strudel gerissen. Und sodann: die Armee, die von Maos «Kronprinz» Lin Piao befehligt wird, hat in die Auseinandersetzungen eingegriffen. Das hat zu Kämpfen geführt, die schon bedenklich bürgerkriegsähnliche Züge aufwiesen, ein Vorgehen also, das den Anweisungen der Parteileitung über die Methode der «Kulturrevolution» geradewegs ins Gesicht schlägt. In den berühmten 16 Punkten, die die Kundgebung des Zentralkomitees der KP vom 8. August 1966 umfasst, heisst es ausdrücklich: «Die bei Auseinandersetzungen anzuwendende Methode ist die Darlegung von Tatsachen, die Beweisführung, und mit deren Hilfe die Überzeugung. Es ist unzulässig, eine Minderheit, die anderer Meinung ist, mit Gewalt zum Nachgeben zu zwingen. Die Minderheit sollte geschützt werden, denn manchmal liegt die Wahrheit bei der Minderheit. Auch wenn die Minderheit im Unrecht ist, sollte ihr dennoch erlaubt werden, sich auszudrücken und ihre Auffassungen zu behalten.» Eine in Revolutionszeiten wohl einzig dastehende Weisheit! Aber was ist aus ihrer Anwendung tatsächlich geworden? Jedermann weiss es, der den Fortgang der Ereignisse verfolgt hat. Die Anweisung der Parteileitung wurde in ihr Gegenteil verkehrt. Und das Eingreifen der Armee zugunsten der gewaltsamen Unterdrückung der Minderheitsbewegung ist der Gipfel dieser Fehlentwicklung.

Aber nun ist ja am 29. Januar vom Zentralkomitee jener «Aufruf zur Mässigung» erlassen worden, der alle Gewalttaten verbietet: willkürliche Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, erniedrigende Behandlung von «bourgeoisien Reaktionären» und dergleichen, und die Roten Garden auffordert, schleunigst zur Arbeit zurückzukehren. Eine Wendung um 180 Grad also! Man wird ja sehen, wieweit die neue Anweisung befolgt wird. Auf jeden Fall scheinen Mao und sein Anhang gewillt, die ursprünglich als allein zulässig erklärten Wege zur Erreichung des revolutionären Ziels erneut zu beschreiten und damit der «Kulturrevolution» auch ihren ursprünglichen Sinn zurückzugeben.

Was ist aber dieser Sinn? Die Kulturrevolutionäre selbst machen es dem Aussenstehenden schwer, ihn zu erfassen. Wenn man ihre Veröffentlichungen durchsieht, um hinter das Geheimnis zu kommen, so wird man meistens enttäuscht. Über allgemeine, ungreifbare Anklagen, wilde Beschimpfungen, hochtönende Phrasen – «überreaktionäre bürgerliche Rechtselemente», «ge-

genrevolutionäre Revisionisten», «Wiederhersteller des Kapitalismus» und so fort – kommen die Veröffentlichungen kaum hinaus. Bestimmte Vorgänge, mit Nennung von Namen und Orten, findet man nur ausnahmsweise erwähnt. Und gar in den Pekinger Wandzeitungen wimmelt es offenbar von ganz willkürlichen Beschuldigungen und Verdächtigungen, ohne dass eine klare Linie, mit einigermaßen vernünftigen Vorschlägen für die Gestaltung der künftigen, *wirklich* sozialistischen Politik Chinas erkennbar wäre.

Ich habe ziemlich viel über die eigentlichen Absichten der Urheber der «Kulturrevolution» gelesen – nicht aus bürgerlich-kapitalistischen Quellen, sondern aus Darstellungen unverdächtigter Freunde des neuen Chinas, die zum Teil China gut kennen –, bin aber nicht viel klüger als zuvor geworden. Als Kern der Bewegung, die von Mao ausgelöst worden ist, hat sich mir immer wieder das bestätigt, was an dieser Stelle schon wiederholt klargestellt wurde: Es geht den Trägern der Bewegung darum, *die sozialistische Revolution zu retten*, die sie nicht nur von aussen, sondern vor allem von innen tödlich bedroht sehen. Sie beobachten mit Sorge, wie sich in den sozialistischen Ländern des Westens der revolutionäre Geist und Schwung mehr und mehr verflüchtigt, wie der Solidaritäts- und Opfersinn schwach und schwächer wird, wie besonders das jüngere Geschlecht die Anteilnahme an den Gemeinschaftsdingen mehr und mehr verliert und vor allem auf die Förderung privater Lebenszwecke erpicht ist, wie die kapitalistische «Wohlstandsgesellschaft» das lockende Ziel des Durchschnittsbürgers wird und neuerdings die Wirtschaftspraxis zum Zweck einer Verstärkung der Antriebe zur Arbeit und Produktion ganz offen auf kapitalistische Muster zurückgreift.

Hand in Hand damit geht, wie Paul Sweezy in der Neuyorker «Monthly Review» (Januar) hervorhebt, die Bildung einer bevorrechteten Schicht von Technikern des politisch-wirtschaftlichen Apparats, wie das in «rückständigen», armen Ländern fast unvermeidlich ist. «Hier liegt die Wurzel von Ungleichheit und Vorrecht in jedem Lande, das noch keinen hohen Grad wirtschaftlicher Entwicklung erreicht hat.» Und dieser Vorgang ist auch in China deutlich erkennbar. Es sei, so wiederholen die Maoisten immer, nur eine winzige Minderheit, die den «Weg zum Kapitalismus» bewusst eingeschlagen habe; aber es sei ihr gelungen, weite Volkskreise für ihre Ziele zu gewinnen, und darum müsse die Gegenbewegung auf breiter Front und mit aller Kraft einsetzen. In China, so bemerkt Sweezy wohl nicht mit Unrecht, seien die Aussichten für das Gelingen der neuen Revolution besser als seinerzeit in der Sowjetunion, wo unter Stalin die Massengrundlage für den Kampf gegen die machthabende, erstarrte Oberschicht nicht bestanden habe und keine junge Generation von wirklichen Sozialisten für diesen Kampf erzogen worden sei. Aber auch in China stehe ein hartes, langdauerndes Ringen bevor, zumal alte, tiefverwurzelte Anschauungen, Gewohnheiten und Verhaltensformen ausgerottet werden müssten. «Eins ist sicher: Terror wird die Aufgabe nicht lösen. Vielleicht aber was die Chinesen ‚erweiterte Demokratie‘ heissen.»

Ähnlich äussert sich K. S. Karol, der China von innen her studiert hat,

im Pariser «Nouvel Observateur» (18. bis 25. Januar): «Mit ihrem Willen, ihr Land zu ‚entbürokratisieren‘, haben die Maoisten ein Problem angepackt, das noch in keiner nachrevolutionären Gesellschaft gelöst worden ist... Die ‚Kulturrevolution‘ ist weder ein Bürgerkrieg noch eine blasse Säuberung; sie bezeichnet vielmehr eine geschichtliche Stufe beim Aufbau einer Gesellschaft von Gleichen. Die Schlacht um die Aufrichtung eines Systems direkter Demokratie ist von Mao noch nicht gewonnen, und es ist möglich, dass diese direkte Demokratie im heutigen China überhaupt nicht zu verwirklichen ist.» Auf keinen Fall aber ist die Auseinandersetzung der Vorbote eines Zusammenbruches des neuen Chinas. Und die Amerikaner wären vollendete Narren, wollten sie diesem «Zusammenbruch» mit kriegerischer Gewalt nachhelfen. Sie haben schon mit ihrem Eingreifen in Vietnam eine so schwere, ihre Kräfte voll in Anspruch nehmende Aufgabe übernommen, dass sie froh sein müssen, wenn sie auch nur halbwegs mit heiler Haut davonkommen, und nicht ein neues Abenteuer suchen dürfen, das für sie mit einer wirklichen Katastrophe enden müsste.

Kommende Erschütterungen Mehr und mehr wird der Vietnamkrieg nun auch bedenkliche Rückwirkungen auf die *innere Lage der Vereinigten Staaten* ausüben. Am ehesten wird das Volk dort noch die *Menschenverluste* verschmerzen, die ihm der Krieg auferlegt. Denn was sind die 6000 oder 7000 Amerikaner, die bisher in Vietnam ihr Leben lassen mussten, im Vergleich zu den 112 000 Toten, die im Jahr 1966 als Opfer von Unfällen aller Art in den USA gezählt wurden, 5000 mehr als ein Jahr zuvor? Viel schlimmer ist die zunehmende Verrohung und Entsittlichung der nordamerikanischen Bevölkerung, die von der barbarischen Kriegführung in Vietnam ausgeht. Wollen schon jetzt die Klagen über die Zunahme der Verbrechen in den Vereinigten Staaten und besonders auch über die völlige Zuchtlosigkeit der Jugend nicht verstummen, wie wird das erst werden, wenn die halbe Million amerikanischer Männer, die in Vietnam das grausamste Ausrottungswerk in der neueren Geschichte (von den deutschen Judenmorden abgesehen) vollbringen, nach Hause zurückgekehrt sind und den Weg in ein anständiges Leben nicht mehr finden? Von der Durchseuchung des Volkes mit dem Gift der amtlichen Lügenpropaganda und der Sensationsmache ganz zu schweigen!

Und dann die schweren Hemmungen, die die phantastischen Ausgaben für den Krieg in Südostasien allem sozialen Fortschritt bereitet. Der so pompös angekündigte «Krieg gegen die Armut», gegen die Verlotterung des Schulwesens, gegen die Verelendung der Slumbewohner in den amerikanischen Grossstädten und viele andere Anstrengungen zu sozialen und kulturellen Reformen – sie leiden schon jetzt schwer unter dem Mangel an Geldmitteln als Folge des (angeblichen) Kampfes gegen den asiatischen Kommunismus. Um nur *eine* Tatsache anzuführen: Die Zahl der unternormalen Wohnungen in Neuyork City ist seit 1960 um 24 Prozent gestiegen, von 420 000 auf 520 000. Am ärgsten sind vom Wohnunselend,

wie man weiss, die Massen der Negerbevölkerung betroffen, die auch unter der Arbeitslosigkeit am schwersten leidet. Gleichzeitig macht sich überall eine Entfaltung von Reichtum und Luxus in den Mittel- und Oberschichten der Bevölkerung breit, die besonders auf die gesellschaftlich am niedrigsten stehenden Neger nur aufreizend wirken kann. Wundert man sich, dass sachkundige Beobachter feststellen, die breiten Schichten des nordamerikanischen Negervolkes stünden der herrschenden Ordnung in den USA mit den gleichen Gefühlen gegenüber wie die Kolonialvölker in Afrika und Lateinamerika *ihren* Herren und Ausbeutern? Ein jetzt viel gelesener Negerschriftsteller, Dr. Frantz Fanon, dessen Bücher auf die schwarze Jugend der Vereinigten Staaten offenbar einen ungeheuren Einfluss ausüben, stellt unumwunden fest, dass bei diesem «Kolonialverhältnis» die Frage nicht mehr sei, ob die Revolte der Schwarzen gewalttätige Formen annehmen werde oder nicht, sondern nur noch, *welche* Formen die gewaltsame Erhebung der Neger sich gebe. Der Vietnamkrieg kann den Fortgang des Rassenkampfes in den USA auf jeden Fall nur beschleunigen und verschärfen. Darüber hinaus bedroht der Vietnamkrieg, wie die in der Januar-Welt-rundschau angeführte Quäkerschrift («China, Südostasien und der Krieg in Vietnam») bemerkt, auch sonst die Grundlagen der amerikanischen Staats- und Gesellschaftsordnung. «Noch ist das Recht, anderer Meinung zu sein, nicht drastisch eingeschränkt worden. Noch sind wir nicht völlig eingezwängt in jene Haltung, die Martin Buber die ‚Sprachlosigkeit des Einanderbringens‘ genannt hat und die das Charakteristikum des Krieges darstellt. Wir treiben jedoch in dieser Richtung; und wenn sich der Krieg weiter ausweitet, so wird sich die Tendenz verstärken, alle diejenigen, die nicht damit einverstanden sind, zum Schweigen zu bringen – verbunden mit allen Gefahren, die ein solches Zum-Schweigen-Bringen im Gefolge hat.»

Ob und wieweit der Vietnamkrieg auch die empfindlichste Seite der «amerikanischen Lebensform», die *Profitwirtschaft*, in Mitleidenschaft ziehen wird, steht dahin. Der Krieg hat dem Wirtschaftsbetrieb der Vereinigten Staaten zunächst eher zu einem neuen, mächtigen Aufschwung verholfen. Der Rohertrag der amerikanischen Wirtschaft ist seit 1960 um fast 50 Prozent gestiegen, die Reingewinne der Aktiengesellschaften sogar um 80 Prozent, während die Arbeitslosigkeit im ganzen gegenwärtig um 30 Prozent tiefer steht als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Gleichzeitig macht aber der andauernde Fehlbetrag in der Zahlungsbilanz der USA den weiterblickenden Beobachtern wachsende Sorgen. Amerika gibt in überseeischen Ländern seit Jahren mehr Dollar aus und legt mehr Dollar im Ausland gewinnbringend an, als es an Erträgen dieser Anlagen vom Ausland bezieht. Eine Hauptursache dieses Zustandes sind die Riesenausgaben für den Vietnamkrieg; doch spielen dabei auch andere Ursachen mit, auf die wir hier des Raumes halber nicht eintreten können. Die Folge ist jedenfalls, dass sich in den ausländischen Zentralbanken immer grössere Dollarmengen anhäufen, dass also die Vereinigten Staaten finanziell immer stärker vom Ausland abhängig zu werden drohen. Das wäre an sich noch nicht

schlimm, würde vielmehr die amerikanische Kapitalistenklasse nur zu immer stärkerer Durchdringung der Wirtschaft fremder Länder mit USA-Unternehmungen und USA-Anleihen antreiben. Der heikle Punkt ist aber, dass der Dollar (wie andere «starke» Zahlungsmittel) jederzeit in Gold umgetauscht werden kann. Und dieser Umtausch hat in den letzten Jahren eben ganz ungewöhnliche Ausmasse angenommen. Viele Dollarbesitzer trauen der Beständigkeit des Dollarwertes nicht mehr und horten Gold in ausserordentlichen Mengen. Sie sehen, wie die Geldentwertung in allen kapitalistischen Ländern unheimlich fortschreitet, und wollen sich nach Möglichkeit dagegen durch Goldeinkäufe sichern.

Amerika könnte diesem Goldabfluss aus seinen schwindenden Vorräten an Edelmetall wehren, indem es den Goldpreis erhöhte, das heisst den Papierdollar abwertete, was natürlich auch eine Abwertung der mit dem Dollar verhängten übrigen Währungen, auch der schweizerischen, nach sich ziehen würde. Aber das wäre ein Schlag für die amerikanische Stellung in der Weltwirtschaft und der Weltpolitik, der in Washington fast um jeden Preis verhindert werden müsste. Und auch die kapitalistischen Wirtschaftskräfte und Regierungen anderer Länder haben keinen Grund, Amerika diesen Schlag zu versetzen, der sie selber mittreffen würde. Lieber finden sie sich mit der Vormachtstellung des nordamerikanischen Kapitalismus und seinem übermächtigen Bank- und Finanzsystem ab, als dass sie es zu einer Katastrophe des Kapitalismus im Weltmasstab kommen lassen. Der Abfluss von Gold aus den Vereinigten Staaten wird darum früher oder später irgendwie gebremst werden, vielleicht auch von selbst nachlassen, wenn einmal der Vietnamkrieg zu Ende sein und die USA-Finzen nicht mehr im bisherigen Mass belasten wird. Auch die nordamerikanischen Kapitalanlagen im Ausland mögen einen Rückgang erfahren, der mit der weltwirtschaftlichen Vormachtstellung der USA verträglich wäre. Und schliesslich redet man schon jetzt von der Möglichkeit, die amerikanische Währung auf eine Art und Weise umzugestalten, die das Gold als internationales Reservegeld entthronen und den Dollar vom Gold unabhängig machen würde. Die Ausweitung der amerikanischen Wirtschaftstätigkeit auf neue lockende Felder der kapitalistischen Welt erhielte dadurch einen mächtig verstärkten Antrieb. Ein Neuyorker Bankier will bereits voraussehen, dass in den siebziger Jahren die Erträgnisse aus USA-Kapitalanlagen im Ausland zehn Milliarden Dollar im Jahr erreichen werden, gegen jetzt vier Milliarden. «Die Zahlungsbilanz wird sich vom heutigen Fehlbetrag weg einem Überschuss zukehren. Die Amerikaner allein werden nahezu einen Drittel der Weltindustrie beherrschen ... Die Tage sind gezählt, da die Vereinigten Staaten sich mit kleineren Nationen wegen wirtschaftlicher Probleme werden herumschlagen müssen.»

Abwarten! Es wird, wie mit dem Weltmachtwahn, so auch mit den amerikanischen Wirtschaftsräumen anders herauskommen als sich die herrschende Klasse drüben heute vorstellt. Hochmut kommt noch immer vor dem Fall.

Flickwerk oder Neubau? Es ist in diesen Wochen viel die Rede von *Englands* Bereitschaft, der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* beizutreten. Eine erste Anmeldung zum Beitritt führte seinerzeit (1961) nicht weiter, da Frankreich dagegen war. Auch einige der anderen Mitglieder der EWG – zu der ausser Frankreich auch Westdeutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg gehören – hatten mehr oder weniger starke Bedenken. So blieb England eben wohl oder übel in der Europäischen Freihandelsvereinigung (EFTA), die ausserdem die nordischen Länder, Portugal, Österreich und die Schweiz umfasst. Aber offenbar sieht die Labourregierung in der EWG auch jetzt wieder wesentliche Möglichkeiten, den Absatz der britischen Ausfuhrindustrien zu fördern, um so mehr, als Grossbritanniens (kapitalistische) Wirtschaft in ihrer gegenwärtigen Lebenskrise auch zu recht zweifelhaften Heilmitteln greifen zu müssen glaubt, um wieder auf die Höhe zu kommen.

Es fragt sich allerdings sehr, ob de Gaulle heute mehr als früher gewillt ist, einem England entgegenzukommen, das mehr als je im amerikanischen Fahrwasser schwimmt und offenbar unter amerikanischem Druck auch neuerdings wieder seine Aufnahme in die EWG begehrt. In den Vereinigten Staaten ist man unverkennbar darüber beunruhigt, dass die Spaltung zwischen EWG und EFTA auch den politischen Zusammenhalt Westeuropas im Rahmen der NATO noch weiter lockern könnte, und hat darum die Labourregierung vorgeschickt, die *Englands* neuerwachte Liebe zu Europa und sein sehnlisches Verlangen nach einer wirtschaftlichen wie politischen Einigung Europas (unter amerikanischer Aufsicht natürlich) bekunden soll. Ein *solches* Europa ist aber das Letzte, was de Gaulle wünscht. Grossbritannien als amerikanischen Beauftragten in der EWG zu bekommen, kann den französischen Präsidenten weniger als je locken, in einem Zeitpunkt, da sein ganzes Bestreben darauf gerichtet ist, ein Europa zu schaffen, das von amerikanischer Abhängigkeit endlich frei wäre. Auch Belgien macht nach wie vor einem britischen Beitritt zur EWG Schwierigkeiten, während besonders die neue westdeutsche Regierung, amerikahörig wie sie ist, Wilsons England nur zu gern «in dem Ding» hätte.

Dass Wilson so hartnäckig, ja freudigen Herzens, den Weg zu *Englands* Anschluss an die EWG freizumachen sucht, wundert einen besonders auch darum nicht wenig, weil hinter der EWG von Anfang an stärkste Kräfte der kapitalistischen Wirtschaft Westeuropas standen und der in Rom unterzeichnete Gründungsvertrag Bestimmungen enthält, von denen Wilson noch vor wenigen Jahren sagte, dass sie «auch die bescheidensten Massnahmen zugunsten von Gemeineigentum und Wirtschaftsplanung unmöglich machten, wie sie im innerpolitischen Programm der Labourpartei vorgesehen sind». Aber eben: «Jacobin ministre n'est pas ministre jacobin.» Wilson als Ministerpräsident eines kapitalistischen *Englands* und Wilson als Führer einer «sozialistischen» Oppositionspartei sind zweierlei Dinge. Die Labourregierung *will* im Ernst gar keine «Massnahmen zugunsten von Gemeineigentum und (sozialistischer) Wirtschaftsplanung» durchsetzen; ihr Ziel ist vorderhand nur, die britische Privat- und Profitwirtschaft leistungsfähiger,

gesünder zu machen, und dazu soll nach ihrer Auffassung ganz wesentlich auch die Arbeiterschaft beitragen, die sich von Wilson und seinen Kollegen zur Annahme eines Spar- und Stillhalteprogramms hat bestimmen lassen, das alles andere als sozialistischen Geist atmet.

Die Unzufriedenheit über diesen Regierungskurs, die im englischen Volk weitverbreitet ist, entspringt eben keineswegs nur kurzsichtiger Gewerkschafts- und Verbraucherselbstsucht; sie ist auch Ausdruck einer sozialistischen Grundhaltung, die besten Überlieferungen der britischen Arbeiterbewegung würdig ist. Paul Derrick sagt es im «Christian Socialist» (November 1966) deutlich: «Da Zurückhaltung der Lohnverdiener zu Gewinnen der Aktienbesitzer führen *muss*, solange die Industrie zum Zweck privaten Gewinnmachens betrieben wird, kann eine wirksame Einkommenspolitik nur durch eine grundlegende Wandlung der industriellen Eigentumsordnung durchgesetzt werden. Das heisst nicht nur mehr Verstaatlichung, sondern Ersetzung der Profitwirtschaft durch eine Bedarfswirtschaft unmittelbar durch die Industrie.» Und im gleichen Heft schreibt unser Freund Rev. Jack Boggis, nicht Kritiker wie er seien «ungetreu», sondern «diejenigen, die in meinen Augen die Grundsätze des Sozialismus verraten und wie früher lieber erfolgreiche Politiker als erfolgreiche Sozialisten sein wollen. Oder auch besiegte Sozialisten, wenn es nötig ist. Manche sagen, sie täten das Beste, was sie könnten. Was *ich* sagen kann, ist einfach: Es ist nicht gut genug!»

Natürlich versprechen die massgebenden Labourführer, die in der Regierung sitzen, weiterhin soziale Reformen aller Art, Ausbau des Wohlfahrtsstaates und dergleichen. Aber es kommt eben darauf an, was sie wirklich *tun*, nicht, was sie getan haben möchten. Gelegenheit zum Tun des Notwendigen haben sie genug. Ein einziges Beispiel. Eine vom britischen Staatssekretariat für Schottland veranlasste Untersuchung über die *Wohnungsverhältnisse in Schottland* hat geradezu unglaubliche Missstände aufgedeckt. Etwa zwei Millionen Schotten, je eine Familie von dreien, hausen in «Wohnungen», die vollkommen untermenschlich sind. Fast eine halbe Million Wohnungen müssten sofort abgebrochen werden, und zwar nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land. Die Erhebungsbeauftragten haben hier Familien angetroffen, die in unvorstellbarem Schmutz leben, ohne Wasser, Elektrizität und gesundheitliche Einrichtungen. Ich habe seinerzeit einige der berüchtigten Slumsiedlungen in der Nähe von Glasgow, am Clyde, angeschaut – oberflächlich genug –, bin aber einfach erschrocken. Und jetzt muss der Vorsitzende des Ausschusses, der die Untersuchung durchführte, immer noch feststellen: «Die Glasgower Elendsviertel sind – Gott sei Dank – einzig in Grossbritannien. So etwas gibt's nicht in England.» (England hier als Grossbritannien weniger Schottland verstanden.)

Man hat mit Recht die schottischen Zustände als «nationalen Skandal» für Grossbritannien bezeichnet. Abgeholfen werden kann ihnen nur durch ein schnell und umfassend durchgeführtes Wohnungsbauprogramm. Die Labourregierung kann hier zeigen, was sie wirklich will, nicht bloss tun *möchte*.

Die Mittel kann sie ohne weiteres gewinnen, wenn sie sich endlich entschliesst, die britischen Ausgaben für Kriegsrüstungen kräftig herabzusetzen – Ausgaben, die ihren Sinn vollkommen verloren haben. Wenn ...

De Gaulle und die Linke Am 5. und 12. März hat das *französische Volk* sein *Parlament*, die Nationalversammlung, neu zu wählen. Sein Wahlrecht ist freilich unter de Gaulle derart verfälscht und «korrigiert» worden, dass von einer wirklichkeitsgemässen Vertretung der verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Richtungen im Volk durch sein Parlament keine Rede sein kann. Und auch die Rechte der Nationalversammlung selber sind derart beschnitten, dass von einer parlamentarischen Regierung in Frankreich kaum noch der Schein übrig geblieben und alle Macht – noch mehr als in anderen «demokratischen» Ländern – bei der ausführenden Gewalt zusammengeballt ist, das heisst also in diesem Fall beim Staatsoberhaupt in Person, Herrn de Gaulle. Der Präsident beschwört denn auch in seinen Wahlreden (nur so kann man seine jüngsten Kundgebungen bezeichnen) die Nation, nicht in die Gewohnheiten und Unsitten der Vierten Republik zurückzufallen, die alten Parteien vollends ganz auf die Seite zu schieben und das Chaos zu vermeiden, das angeblich die unweigerliche Folge eines Wahlsieges der Opposition wäre.

Es ist auch gar nicht zu bestreiten, dass die gaullistische Demagogie weit herum ihre Wirkung tut. Politische und besonders wirtschaftliche Stetigkeit, Fortsetzung des unter de Gaulle so handgreiflich gewordenen Aufschwungs von Handel und Wandel, Weiterführung auch des aussenpolitischen Kurses de Gaulles, der Frankreich neue Grösse und Würde, mit Unabhängigkeit von amerikanischer Bevormundung, verheisst – das sind Programmpunkte, die beim Normalfranzosen und bei der Normalfranzösin unzweifelhaft verfangen und die Wahlaussichten der Regierungspartei und ihrer Mitläufer von vorneherein als günstig erscheinen lassen. De Gaulle bleibt weiterhin sehr volkstümlich.

Und die Opposition? Ihr Elend war bisher, dass sie in sich selber höchstens in dem einig war, was sie *nicht* wollte – das persönliche Regiment des Präsidenten-Generals –, aber nicht in dem, was sie wollte. Bei der Präsidentenwahl vom Dezember 1965 hatte sie zwar bewiesen, dass eine gewisse Zusammenarbeit wenigstens zwischen den Parteien der Linken doch möglich ist; de Gaulle drang erst im zweiten Wahlgang durch, und auch dann stimmten noch 45 Prozent der Wähler gegen ihn. Zu einer wirklichen Einheitsfront im Kampf gegen das Regime de Gaulle langte es aber auch diesmal nicht; die Gegensätze zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten, unabhängigen Sozialisten und Radikalen sind immer noch zu tief. Immerhin kam es zu einem Wahlabkommen zwischen den Kommunisten und der Demokratisch-Sozialistischen Föderation (die Sozialdemokraten und bürgerliche Radikale zusammenfasst), des Inhalts, dass im ersten Gang die Kommunisten wie die Föderationsparteien überall eigene Kandidaten aufstellen dürfen, dass aber im zweiten Gang diejenigen Kandidaten aller Gruppierungen einheitlich unterstützt werden müssen, die die besten Aussichten

hätten, gewählt zu werden. Die Unabhängigen Sozialisten sind dieser Abmachung beigetreten; ihr bester Kopf, Mendès-France, soll besonders bei den jüngeren Wählern überaus beliebt sein.

Das ist noch nicht alles, was nötig gewesen wäre, um die seinerzeitige «Volksfront» wiederaufzurichten (dieses Schreckgespenst aller Konservativen in allen Ländern), aber es ist doch offenbar das Mögliche, das unter den obwaltenden Umständen zu erreichen war. Das Wahlabkommen der Linksparteien birgt zwar unzweifelhaft Gefahren in sich; die Kommunisten werden im zweiten Wahlgang ihre Kandidaten nur zugunsten eines Sozialdemokraten oder Radikalen zurückziehen, nicht aber zugunsten eines Anhängers der Mittelgruppen unter Lecanuet, und es ist gar nicht sicher, dass die Sozialdemokraten und Radikalen immer für den Kommunisten stimmen werden und nicht für den Zentrumsman. Die Hauptsache ist aber doch, dass innerhalb der Linksparteien eine gegenseitige Annäherung erfolgt ist, die für die Zukunft zu allerlei Hoffnungen berechtigt. Was der Linken vor allem fehlt, ist ein gemeinsames Mindestprogramm. Weder über die künftige Staatsform (nach dem Ausscheiden de Gaulles) noch über die so dringend nötigen Wirtschafts- und Sozialreformen besteht Einigkeit unter den Linksparteien. Ebenso wenig über die Aussenpolitik. Den Kommunisten, Sozialdemokraten und Radikalen ist es bisher nicht eingefallen, sich klar und deutlich für ein amerikafreies Europa, ja auch nur gegen die Asien- und Afrikapolitik der Vereinigten Staaten auszusprechen und sich auf einen von Washington unabhängigen aussenpolitischen Kurs festzulegen. Professor Maurice Duverger hat ganz recht, wenn er im «Nouvel Observateur» (28. Dezember 1966) schreibt: «Der Sieg der Vereinigten Staaten (in Vietnam) wäre der Sieg der Gewalt über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das heisst die Verneinung der ganzen Weltanschauung des Westens... Dass die Linke das nicht begreift oder, wenn sie es begriffen hat, es verschweigt oder nur leise sagt, das ist sittlich nicht erträglich und politisch widersinnig. Man wird im Jahr 1967 den Sieg nur erringen, wenn man die öffentliche Meinung tief aufwühlt.» Die Schwäche der Linken ist auch hier die Stärke de Gaulles und der Rechten. Noch wäre es freilich Zeit für die Linke, ihr Versäumnis gutzumachen und es nicht de Gaulle zu überlassen, sich im Wahlkampf als einzig zuverlässigen Gegner der amerikanischen Gewaltpolitik auszugeben. Aber es ist wirklich höchste Zeit!

Westdeutscher «Friedenswille» In Westdeutschland wird jetzt grosses Wesen um die Aufnahme *diplomatischer Beziehungen* mit den *Volksdemokraten des Ostens* gemacht. Man scheint in Bonn bereit zu sein, den Anspruch auf Alleinvertretung Deutschlands im Ausland fallen zu lassen, wenigstens soweit es sich um Staaten handelt, die von Anfang an die Deutsche Demokratische Republik anerkannt und mit ihr Botschafter ausgetauscht haben. Dabei glaubt man besonders schlau vorzugehen, indem man den Anfang mit *Rumänien* machte, das mit der Sowjetunion nicht gut steht; Ungarn, das gleichfalls keine gemeinsame Grenze mit Westdeutschland hat, soll folgen. Mit der Tschechoslowakei

und besonders Polen wird es schon schwieriger gehen: Oder-Neisse-Grenze, «Recht auf Heimat» der «volksdeutschen» Vertriebenen usw. Aber man hofft in Bonn, die Bresche, die durch die neue Freundschaft mit Rumänien und Ungarn in den Ostblock geschlagen werde, mit Zeit und Geduld erweitern und womöglich der Sowjetunion die Lust nehmen zu können, sich schützend hinter ihre Gefolgsstaaten, besonders der DDR, zu stellen. Erhebende Aussicht für die weitergreifenden Pläne, den Ostblock überhaupt zu sprengen und alle Völker «bis zum Ural», ja noch weiter, «vom kommunistischen Joch zu befreien», also Hitlers Ziel eines grösseren, weit nach Osten ausgreifenden Deutschlands doch noch zu erreichen!

Aber die Bundesrepublik Deutschland ist doch *so* friedenswillig! Kanzler Kiesinger schlägt regelmässig Töne höchster sittlicher Entrüstung an, wenn er die Behauptung, in Bonn ziele man auf einen Umsturz der bestehenden Macht- und Grenzverhältnisse im Osten ab, als bösertige Verleumdung und Verzerrung der Tatsachen zurückweist. Sein Losungswort ist Entspannung, nochmals Entspannung und immer wieder Entspannung im Verhältnis zum Osten. Wer den westdeutschen Friedenswillen bezweifle, entwerfe «ein verzerrtes, provokatorisches Bild der deutschen Wirklichkeit», rief er letzthin in Saarbrücken aus. Wozu dann aber, so muss man fragen, *die gewaltige westdeutsche Aufrüstung?* Ruht sie nicht ebenso vollkommen auf der Voraussetzung, dass ohne Bereitschaft zu kriegerischer Abwehr der Westen einem sowjetisch-kommunistischen Angriff ausgesetzt wäre, wie dies auch bei der schweizerischen Kriegsrüstung der Fall ist? Hat man in Deutschland irgendein Recht, sich selbst als von unbezweifelbarem Friedenswillen erfüllt zu rühmen, wenn man das *wirkliche* Zerrbild eines Russlands aufrechterhält, das nur darauf laure, einen schwachen, abgerüsteten Westen zu überfallen und zu unterjochen? Wobei wahrhaftig der Osten hundertmal mehr Grund hat, wachsam gegenüber einem neuen Angriff Deutschlands zu bleiben, dessen «Friedenswillen» zwei von ihm entfesselte Weltkriege hinreichend bewiesen haben!

Nein, wenn die Beteuerungen bundesrepublikanischer Friedensliebe durch die Herren Kiesinger und Brandt, Schröder und Strauss wirklich glaubhaft sein sollen, dann darf man in Bonn nicht eine Armee aufrechterhalten, die schon heute die grösste und modernste ganz Westeuropas ist. Dann muss Westdeutschland *abrüsten*, auf Atomwaffen vorbehaltlos verzichten, die Hand zu einer entmilitarisierten Zone in Mitteleuropa bieten, die bestehenden Staatengrenzen in aller Form anerkennen und auf *dieser* Grundlage die Wiedervereinigung mit einem Ostdeutschland erstreben, dessen sozialistische Einrichtungen unter allen Umständen gewahrt bleiben müssen. Dann braucht es keine zweideutigen, ja unehrlichen Redensarten wie diejenigen Kiesingers, wonach weder die Wiedervereinigung mit Ostdeutschland (zu *westlichen* Bedingungen) Voraussetzung für ein friedliches Verhältnis mit dem Osten sei, noch die Schaffung eines solchen Verhältnisses die Voraussetzung für die Wiedervereinigung. Dann sind die Voraussetzungen sowohl für Frieden mit Osteuropa wie für eine auch den Le-

bensnotwendigkeiten der ostdeutschen Minderheit gerecht werdende Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten bereits geschaffen. Und umgekehrt würde aber auch die Anerkennung der DDR durch Westdeutschland und ein aufrichtig gutes Verhältnis der Bundesrepublik zum ostdeutschen Staat ohne weiteres auch den Weg zu einem friedlichen Zusammenleben Westdeutschlands mit ganz Osteuropa freimachen. Insofern kann man Wolf Schenke zustimmen, der in der «Neuen Politik» (Hamburg, 21. Januar) schreibt: «Eine Bereinigung des Verhältnisses Bundesrepublik – DDR ist der Ausweg aus allen aussenpolitischen Schwierigkeiten. Nicht nur die europäische, die *Weltlage* würde dadurch verändert... Sie ist heute *die* Notwendigkeit der deutschen Politik, an der nichts vorbeiführt.»

1. Februar.

Hugo Kramer